

## **Jour fixe vom 24.10.22: Fortsetzung „Der Wirtschaftskrieg wird global und prinzipiell“ (GSP 3-22)**

Das Thema beim letzten Mal: Die Durchsetzung extrem gestiegener Preise für Energieträger weltweit, daran anknüpfend die Weitergabe gestiegener Produktionskosten mit dem Resultat einer allgemeinen Teuerungswelle. Das alles unterstellt, dass es Staaten gibt, die über ein leistungsfähiges Kreditwesen und ein gutes Geld verfügen. Und dass diese Staaten darauf aufbauend für die nötigen Kredite und die nötige Liquidität sorgen und sorgen können, die es erlauben, derart erhöhte Preise durchzusetzen.

Die aktuelle Lage sortiert nicht nur die Staaten in solche, die über ein leistungsfähiges Kreditwesen verfügen, und solche, die in die Not geraten, sich in immer weiteren Maße Weltgelder wie Dollar und Euro besorgen zu müssen. Auch für kapitalistisch potente Länder gibt es Rückwirkungen auf deren Ökonomie: Die von ihnen geschaffene und über das Kreditwesen zur Verfügung gestellte Zahlungsfähigkeit führt nämlich zu dem, was als Inflationsrate gemessen und als Entwertung des Geldes diskutiert wird. Warum wird das zu einem Problem?

— Auf S. 30 unten heißt es: *„Diese automatische reale Lohnsenkung, die die Vermehrungsmacht des Faktors Kapital steigert, hat nur die Kehrseite, dass damit die Kaufkraft dahinschwindet, die die Wirtschaft für die Realisierung der Preise ihrer rentabler produzierten Ware, also des darin enthaltenen höheren Überschusses, somit des programmierten, im Kredit vorweggenommenen Wachstums braucht. Über das Finanzgewerbe verallgemeinern sich diese Defizite, als Verlustrate ablesbar am Niedergang der Kurse an den nationalen Börsen.“* Wie geht diese Verallgemeinerung?

Die automatische reale Lohnsenkung beinhaltet zugleich die Schranke, auf die das Kapital tatsächlich trifft, wenn es den inflationär gesenkten Lohn als Wachstumsmittel nutzt: die Schranke, dass damit gleichzeitig die Kaufkraft der Lohnabhängigen reduziert ist, welche aber gerade für das Realisieren der Gewinne und der erhöhten Preise und damit für die Bedienung der Kredite notwendig ist.

Darin ist die Krise und ihre Verallgemeinerung schon angelegt: Der Lohnarbeiter kommt in der kapitalistischen Ökonomie doppelt vor: Nach der einen Seite als Kost, eben Lohnkosten, die immer als zu hoch beurteilt werden. Diese Kosten bewirken bei einer mehr oder minder hohen Inflation automatisch eine Steigerung des Gewinns der Kapitalisten, solange die Lohnkosten gleich bleiben und der Kapitalist am Markt höhere inflationierte Preise erzielt. Auf der anderen Seite ist der mit Arbeit Geld verdienende Mensch als Einkäufer gefragt, der das verdiente Geld für seinen Konsum ausgibt. Der Lohnempfänger kann bei gleichbleibendem Lohn die allgemein steigenden Preise nicht mehr zahlen oder zumindest nicht in dem Ausmaß, wie sie ihm am Markt abverlangt werden. Für die Kapitalisten heißt das, dass sie Schwierigkeiten bekommen, Waren, die sie bis neulich noch abgesetzt haben, mit den gestiegenen Preisen im gleichen Umfang zu verkaufen. Das fällt für die einzelnen Branchen unterschiedlich aus. Wichtig ist das Prinzip: Die Inflation bedeutet für die Löhne eine reale Lohnsenkung und zugleich eine schwindende Kaufkraft, die das *Geschäft* beeinträchtigt. Dadurch stellt sich ein *Defizit* auf Seiten des Geschäfts ein.

— *Die Kapitale müssen für Energie und Vorprodukte usw. mehr zahlen und verfügen im Kredit über das Mittel, die gestiegenen Preise zahlen zu können. Sie nehmen diese Preissteigerungen in ihrer Kalkulation vorweg, die sich aber am Ende nicht in allen Branchen auch realisieren lassen.*

Als Kapitalisten haben sie im Kredit das Mittel, sich selber wechselseitig höhere Preise zu bezahlen, die Lohnarbeiter aber können die höheren Preise nicht bezahlen. In dem Maß, wie sie das nicht können, fallen sie als Kaufkraft für die Realisierung der höheren Preise aus. Um diese Defizite geht es, das ist ganz allgemein der Grund der Krise.

— *Alles, was die Kapitalisten sich wechselseitig abkaufen für ihre Produktion, können sie sich bezahlen, denn sie kalkulieren mit diesen gestiegenen Kosten ihre Preise. Nur die, die an Endverbraucher verkaufen, bekommen das Problem, diese im Kredit vorweggenommenen und programmierten Preise zu realisieren.*

55 Die Gewinnsteigerung, die die Kapitalisten aufgrund der gleichbleibenden Lohnkosten trotz gestiegener sonstiger Kosten am Markt erzielen, diese Sorte Steigerung der Kapitalproduktivität, ist davon abhängig, dass die Kapitalisten ihre erhöhten Preise am Markt auch durchsetzen können. Das ist eine Frage der Konkurrenz. Alle versuchen am Markt möglichst das rauszuholen, was rauszuholen geht. Die entscheidende, von ihnen  
60 selbst produzierte Schranke finden sie an der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Lohnabhängigen: denn die Lohnempfänger sind nicht in der Lage, mittels Kredit die gestiegenen Preise zu zahlen. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass das Geschäft einbricht, weil die produzierten Waren nicht mehr in dem erforderlichen Maße abgesetzt werden können.

65 Wenn ein Kapitalist seine Waren nicht mehr absetzen kann, hat das Rückwirkungen an einer anderen Stelle am Markt. Er entfällt als Abnehmer; wodurch ein weiteres Kapital Geschäftseinbrüche erzielt und möglicherweise nicht mehr in der Lage ist, seinen Kredit zurückzuzahlen. Die beschränkte Zahlungsfähigkeit der Lohnempfänger wirkt so auch auf den Geschäftsgang anderer Branchen, die ihrerseits ihren Zahlungsverpflichtungen  
70 nicht mehr nachkommen können. Das wiederum betrifft das Kreditgewerbe, das aufgrund ausbleibender Geschäfte zurückhaltender wird bei der Vergabe von Krediten und bei der Finanzierung neuer Geschäfte. So werden die Defizite der Kapitalisten *über das Finanzgewerbe verallgemeinert.*

Das wesentliche Argument ist: Es sind die maßgeblichen kapitalistischen Mächte, die den  
75 Weltenergie- und Weltmarkt bestimmen, *die* produzieren die Krise. So auch den letzten Grund der Krise, der in der doppelten Bedeutung des Lohns liegt.

\*

Von der Krise sind die verschiedenen Staaten unterschiedlich betroffen und auch der Krisenverlauf ist für die Staaten unterschiedlich. Wie bekämpfen die Staaten die  
80 Rezession? Sie führen einen **kontraproduktiven Konkurrenzkampf gegen die Krise**. Indem sie ihre Konkurrenz im Umgang mit und im Kampf gegen die Krisenphänomene betreiben, schaffen sie den Grund der Krise ja nicht aus der Welt. Sondern sie versuchen, den Schaden auf andere abzuwälzen. Ihre Maßnahmen zielen von daher auf die Stärkung des eigenen Standorts gegen andere. Gelingt das, haben die anderen Standorte den  
85 Schaden. Dafür stehen unter anderem die Bemühungen der Staaten, den Abfluss von Kaufkraft an ausländische Billiganbieter zu verhindern, indem sie sich von diesen unabhängig machen.

— *Dass die Maßnahmen, den eigenen Standort krisenfest zu machen, auf Branchen zielen, die Billigprodukte herstellen, leuchtet nicht ein. Es ging doch vor allem um die  
90 Batterie- oder Chip-Produktion.*

Es geht nicht um Billigprodukte wie T-Shirts oder so, sondern um alle Produkte, die es im Ausland billiger gibt als im Inland. Bei einer so wichtigen Branche wie der Chip-Produktion will der Staat sich nicht vom Ausland abhängig machen, nur weil die Chips dort billiger sind. Wenn deshalb die Wiederansiedlung der Produktion daheim erfolgreich  
95 subventioniert wird, ist damit der Abfluss von Kaufkraft ins Ausland verhindert, die Kaufkraft verbleibt im heimischen Markt. Es muss also gar nicht unmittelbar der Zweck jeder Maßnahme sein, anderen Kaufkraft wegzunehmen. Die Maßnahme ist aber ein Stück Krisenkonkurrenz: Abfluss von Kaufkraft ins Ausland unterbleibt und stattdessen wird durch ausländische Kaufkraft das ersetzt, was an Nachfrage der eigenen  
100 Lohnarbeiterklasse ausfällt. Das ist der Begriff der Krisenkonkurrenz, dass der Schaden auf andere abgewälzt wird.

— *Das leuchtet mir als Effekt, aber nicht als Zweck der Subjekte – Staat, der subventioniert, und Unternehmen, die Fabriken eröffnen – ein. Gerade bei der Chip-Produktion besteht doch der Zweck des Staates darin, sich aufgrund der gestörten Lieferketten von China unabhängig zu machen und so Wachstum über die Chip-Produktion im eigenen Land voranzubringen.*

An der ganzen Abteilung der zukünftigen Geschäftemacherei mit der E-Mobilität wird doch beklagt, dass hier bislang nicht allein das deutsche, sondern zugleich das Geschäft in China befördert wird, weil man dort die günstigen Batterien einkauft. Also gibt es Bemühungen der Politik, das zu ändern. Dass die Chip- oder Batteriefertigung im eigenen Land den Zweck haben, sich von China aufgrund gestörter Lieferketten infolge der Pandemie usw. unabhängig zu machen, schließt den Zweck, die Kaufkraft im eigenen Land zu halten, nicht aus. Das wäre eine falsche Entgegensetzung. Genau *so* wird dafür gesorgt, dass das Geschäft am Standort Deutschland in deutschen Chip- und Batteriezellen-Fabriken gemacht wird und die Kaufkraft nicht ins Ausland abfließt.

An dieser Stelle geht es um den Zweck, die Zahlungskraft im eigenen Land zu behalten. Der Staat stellt fest, dass es konkurrenzfähige Unternehmen im Ausland gibt, die mit günstigeren Preisen einen Teil des Geschäfts auf sich ziehen, und er sieht sich herausgefordert, dafür zu sorgen, dass Geschäft, das durch Firmen im Ausland gemacht wird, zukünftig durch Firmen im eigenen Land stattfindet.

— *Ist das so zu verstehen, dass alle Staaten auf diese Maßnahmen kommen?*

Die entsprechenden Mittel, ihre Standorte aufzurüsten und auf diese Weise bei sich daheim die Krise zu bekämpfen, haben nur die Staaten mit den maßgeblichen Finanzmärkten und dem guten Geld. Bei den Staaten, die nicht über gutes Geld verfügen, schlägt die nun fehlende, weil abgezogene Zahlungskraft als Abzug vom Wachstum zu Buche. Als Folge dieser Konkurrenzverschiebungen bricht bei diesen Ländern das Geschäft zusammen und Kredit kann nicht mehr bezahlt werden. Das hat wiederum Rückwirkungen auf das Geschäft der kapitalistisch potenten Staaten, denn ist ein Konkurrent einmal kaputt konkurriert, ist ihm auch nichts mehr zu verkaufen. So dreht sich die Konkurrenz in der Krise darum, *wo* die Schäden anfallen, die aufgrund der ausfallenden Kaufkraft anfallen *müssen*.

Zur Ergänzung: In der Krise findet aus den genannten Gründen Kapital im eigenen Land nicht genug lohnende *Anlage*. Daher das staatliche Bemühen, Sphären zu fördern, die auf jeden Fall lohnende Kapitalanlagen sind und bleiben, in denen es national wie international eine immense Nachfrage gibt. Derartige Investitionen sollen im Land stattfinden, da darf nicht billiger im Ausland eingekauft werden. Der Staat verbietet den Kapitalisten allerdings nicht einfach, auswärts einzukaufen. Er macht es sich zur Aufgabe, ihnen die Gelegenheit zu verschaffen, im Land zu verdienen z.B. durch Subventionierung der Einrichtung entsprechender Unternehmen, um die günstiger anbietende Konkurrenz durch eigene Firmen ausstechen zu können oder auch durch gesetzliche Regelungen in Bezug auf bestimmte Standards, die Waren zu erfüllen haben.

\*

In Bezug auf die **Geldpolitik** zur Bekämpfung der Krise ist zu klären, warum der Staat die Bekämpfung der Inflation auf die Tagesordnung setzt, wie die Bekämpfung durch die Politik bzw. die zuständigen Notenbanker aussieht und was sie bewirkt. Eine gängige Theorie ist, dass bei Inflation zu viel Geld im Umlauf ist, das Geld also teurer gemacht werden muss. Was ist daran seltsam?

— *Bisher war Inflation für die Geldpolitik kein Thema, im Gegenteil, es gab zu wenig davon. Mit dem vielen Geld, das der Staat und das Finanzkapital in Umlauf gebracht haben, wurde Wachstum finanziert. Sehen die Verantwortlichen jetzt den Grund für eine mögliche Rezession in der staatlich geschaffenen Liquidität, weil die Entwertung des Geldes die Wachstumsaussichten immer unwahrscheinlicher macht und nicht mehr*

investiert wird, wenn die Inflation höher ist als das zu erwartende Wachstum? Oder  
155 meinen sie, es gibt einerseits eine hohe Inflation und aus anderen Gründen eine  
Rezession? Wie geht diese Theorie?

Tatsächlich hat es eine Zeit lang keine Inflation gegeben, es wurde sogar eine Inflation  
von 2 % angemahnt. Inflation per se ist also nicht das Problem. Wenn aber eine Inflation  
160 so hoch ist, dass inflationsbereinigt die Wirtschaft nicht mehr wirklich wächst, sondern  
nur noch nominell, dann gibt das auf jeden Fall Anlass zur Sorge und zu Warnungen vor  
der Krise: Kümmert sich die Geld- und Wirtschaftspolitik nicht um die Inflation, bleibt  
das Wachstum aus, auf das es allen ankommt. Die Theorie zur Inflation ist, dass es zu viel  
165 Geld gäbe, das man daher verknappen müsse, indem man es verteuert. In dieser  
Vorstellung wird einer *Menge Waren* auf der einen Seite, die Summe aller *Preise dieser  
Waren* auf der anderen Seite gegenübergestellt mit der Feststellung, dass die Preise höher  
sind als im Jahr davor, was daran zu erkennen ist, dass sie letztes Jahr niedriger waren.  
Aus dieser tautologischen Gegenüberstellung wird der Schluss gezogen, dass es mehr  
Geld gegeben haben muss als die Waren *eigentlich* kosten, dass also zu viel Geld im  
Umlauf ist. Daraus wird die Forderung abgeleitet, das Geld zu verknappen.

— *Gegen die Vorstellung des Geld-Überschusses wäre doch einzuwenden, dass*  
170 *offensichtlich Teile der Wirtschaft und die Konsumenten das Geld nicht mehr haben, um*  
*die Warenberge und Energiemengen usw. bezahlen zu können.*

Einerseits stimmt der Befund „zu viel Geld“ nicht – das Geschäft leidet ja gerade  
darunter, dass der Absatz einbricht, dass die Waren am Markt nicht mehr realisiert werden  
können, weil es an zahlungsfähiger Nachfrage mangelt. Andererseits gibt es zu viel Geld,  
175 nämlich all das Geld, das wegen der anstehenden Rezession nicht mehr in lohnende  
Geschäfte investiert werden kann. Aber beide Argumente beziehen sich auf die *Sache*, mit  
der man es in der Krise tatsächlich zu tun hat, und nicht auf die *Vorstellung der  
staatlichen Geld- und Wirtschaftspolitiker*, die Verteuerung der Waren läge an einem  
Missverhältnis von Waren einerseits und vorhandenen Zahlungsmitteln andererseits.  
180 Diese Behauptung speist sich allein daraus, dass man das vorjährige Verhältnis der  
gesamten Preise zu den Waren als *ausgeglichen*, als sich entsprechend ansieht. Die  
Diagnose eines Geldüberhangs ist keine theoretische Glanzleistung, sie verdankt sich  
mehr den zur Verfügung stehenden Steuerungsmitteln der Geldpolitik: Die Notenbank  
*kann* das umlaufende Geld durch Zinserhöhung verteuern in der Spekulation darauf, dass  
185 dann weniger Kredit genommen wird.

Das ist die Spekulation darauf, dass Kredit dann nur noch für wirklich aussichtsreiche  
Geschäfte genommen wird, er sich in seiner Anwendung also wieder lohnt. Das teurere  
Geld und der geringere Kredit bedeuten umgekehrt aber weniger Wachstum – das ist die  
kontraproduktive Seite dieser Geldpolitik.

— *Zum Satz S. 31 unten: „Schließlich verteuert der Zins, den sie erhöhen, nicht bloß*  
190 *das zirkulierende Kreditzeichen, sondern den Kredit ...“.* Das „zirkulierende  
Kreditzeichen“ ist doch das Geld, das sich die Banken durch ihre  
*Refinanzierungsmöglichkeit über die Zentralbank beschaffen können und ihren Kunden*  
*als neuen Kredit zur Verfügung stellen. Die Geldbeschaffung wird für die Banken bei*  
195 *höherem Zins teurer und in der Konsequenz auch der Kredit, den sie vergeben.*

Einerseits verteuert die Notenbank das Kreditzeichen – ausgehend von der Diagnose,  
dass zu viel Geld im Umlauf ist –, stellt den Banken Liquidität also zu einem höheren  
Zinssatz zur Verfügung. Andererseits ist dies eine neue Bedingung für das Geschäft der  
Banken, weshalb die wiederum ihrer Kundschaft den Kreditzins erhöhen. Das verteuert  
200 den Kredit insgesamt, also das Mittel, mit dem das Wachstum bewerkstelligt werden soll.  
Insofern ist das keine Beförderung, sondern eine Erschwerung des Geschäftemachens,  
weil ein erhöhter Zins bezahlt sein will. Dem steht wiederum ein anderer *positiver*  
Effekt gegenüber, zumindest in den großen Wirtschaftsnationen.

— Eine entgegenwirkende Ursache ist, dass Anlage suchendes internationales  
205 Finanzkapital einen höheren Zins attraktiv findet und in solch rentablere Geldanlagen  
investiert. Das hat wiederum den negativen Effekt, dass dringend gebrauchtes Geld –  
Euro und Dollar – für die konkurrierenden Nationen immer teurer wird, dort den  
Wachstumseinbruch zur Folge hat und die Weltwirtschaft insgesamt schrumpft.

Das ist das Fazit von Punkt I: Jetzt haben sie die ganzen Maßnahmen der  
210 Krisenbekämpfung unternommen und das Resultat ist, dass so „erst einmal geschrumpft“  
wird (S. 32 o.).

\*

— Das heißt doch, die Krise wird verschärft.

Der Ausgangspunkt war nicht eine Krise, die noch verschärft wird, sondern das Anzetteln  
215 eines Wirtschaftskrieges durch Nato und EU-Staaten unter Führung der USA, um den  
politischen Gegner Russland wirtschaftlich zu schädigen bzw. zu ruinieren. Dadurch wird  
aber nicht nur Russland geschädigt, die Bemühungen zu dessen Ausschluss aus dem  
Weltmarkt lassen *allerorten* das Geschäft zurückgehen und eine weltweite Rezession  
droht. Die Maßnahmen gegen diese negativen Auswirkungen des Wirtschaftskrieges  
220 wiederum sind notwendigerweise ein Beitrag dazu, dass die Krise sich verallgemeinert.

Die Schädigung der eigenen Ökonomien durch den Wirtschaftskrieg ist für die westlichen  
Staaten jedoch überhaupt kein Argument, von ihrer so praktizierten Feindschaft gegen  
Russland in irgendeiner Weise Abstand zu nehmen. Vielmehr wollen sie deswegen erst  
recht und in aller Konsequenz den Wirtschaftskrieg gegen Russland führen. Dafür  
225 drängen sie darauf, dass sich auch der Rest der Welt daran beteiligt. Darum geht es im  
Teil II des Artikels.

Dazu kommt, dass der Westen mit all den Maßnahmen, die Schäden an den eigenen  
Ökonomien und eine Rezessionsgefahr zur Folge haben, Russland bisher nicht  
kleinkriegt.

— Zu den auf S. 32, Mitte, genannten „Sonderangeboten“ Russlands: Die Russen sind  
230 noch immer in der Lage, Kunden und Einfluss zu gewinnen. „Sonderangebote“ heißt,  
dass sie nicht zum hohen Weltmarktpreis verkaufen müssen, sondern ihnen freundlich  
gesonnene Nationen mit einem günstigeren Preis für die Energieträger an sich binden  
und so ihr Weltgeschäft machen können. Jetzt will der Westen als Teil der Sanktionspolitik  
235 mit dem Energiepreisdeckel international einen geringeren als den Weltmarktpreis  
durchsetzen. Das ist auch keine Maßnahme, um Russland weiter zu schädigen.

Der Zweck ist klar: Der Preisdeckel soll dafür sorgen, dass Russland mit den noch  
stattfindenden Energieexporten möglichst wenig verdient. Das wäre – man selber will  
ihnen sowieso nichts abkaufen – eine Vorschrift für die Staaten, denen Russland ohnehin  
240 Sonderangebote macht. Hier ist man beim Übergang zum **Punkt II, der  
Verallgemeinerung des Wirtschaftskrieges zur neuen Weltlage**: Wie bringt der Westen  
die Welt dazu, sich dem eigenen Wirtschaftskrieg gegen Russland anzuschließen, weil das  
nur so in die Knie zu zwingen ist? Der Punkt beginnt mit Europa. Welche spezielle Rolle  
nehmen **die Europäer** im Wirtschaftskrieg gegen Russland ein?

— Ihr Geschäftsverkehr mit Russland hat das größte Volumen, sie sind der größte  
245 Abnehmer russischer Energieträger und haben deshalb den größten Schaden durch den  
Wirtschaftskrieg zu verdauen. Das rührt an der innereuropäischen gemeinsamen  
Bewirtschaftung des Euroraumes, der Einigkeit im Sanktionsregime und in der Verteilung  
des Schadens innerhalb Europas.

— Der innereuropäische Streit um die Ausgestaltung der Sanktionen und die  
250 Bewältigung der Schäden rührt an die Konstruktion der EU, wo die Mitgliedstaaten  
einerseits auf ihre Souveränität pochen, andererseits über die Zeit wechselseitige  
Abhängigkeiten eingerichtet haben. Wie ist das als Bestandteil des Punktes II

255 einzuordnen, wo es doch darum geht, dass der Lizenzgeber Amerika und die Nato mit dem Wirtschaftskrieg die ganze Weltwirtschaftsordnung in Frage stellen?

Der Ausgangspunkt war das Bemühen des Westens, den Wirtschaftskrieg voranzutreiben, nicht zuletzt dadurch, dass man die ganze Welt auf die Feindschaft gegen Russland verpflichtet und dazu drängt, die Geschäftsbeziehungen mit Russland abzubrechen. Diese Verallgemeinerung des Wirtschaftskrieges und das Verpflichten auf ihn geht schon los  
260 innerhalb der EU. Dort gibt es keine Einigkeit darüber, dass man zur Bekämpfung Russlands auf jeden Fall auf dessen Öl und Gas verzichten und alle Geschäftsbeziehungen abbrechen muss. Die EU-Staaten treten *einerseits* als *Nato-Mitglieder* auf und teilen da die unbedingte Russenfeindschaft. Wenn *andererseits* von ihnen als *ökonomische Subjekte* Beiträge zum Wirtschaftskrieg und die Einhaltung des  
265 Sanktionsregimes gefragt sind, werden lauter Gegensätze *innerhalb* der EU eröffnet – wegen der in Teil I geschilderten Rückwirkungen auf die Ökonomien.

Vielleicht steht nicht gleich die ganze Weltwirtschaftsordnung in Frage, aber das Dringen darauf, dass der Wirtschaftskrieg sein muss und verallgemeinert werden muss jenseits der Konsequenzen für die einzelnen Länder, birgt jede Menge Sprengstoff bezüglich des  
270 Fortgangs der EU. Es rührt an deren Konstruktionsprinzip: Die europäischen Staaten konkurrieren ökonomisch nach wie vor nicht nur gegen den Rest der Welt, sondern untereinander und weisen in dieser Konkurrenz auch eine ziemliche Bandbreite von unterschiedlichem Status hinsichtlich Wirtschaftswachstum, Finanzmacht und Geld auf. Sie sind also von allem, was sie in puncto Wirtschaftssanktionen beschließen, auch sehr  
275 unterschiedlich betroffen und unterschiedlich fähig, mit dieser Betroffenheit zurechtzukommen.

Die Durchsetzung des Wirtschaftskriegs innerhalb der EU ist daher notwendigerweise ein dauerndes Feilschen um Ausnahmen, Kompromisse und Sonderregelungen, um überhaupt so etwas wie eine Einigkeit zu erzielen, da die Staaten in unterschiedlicher  
280 Weise und teilweise ziemlich existenziell betroffen sind.

— Auf S. 33 steht, dass sich die Aufgabe stellt, die Wirkungen des Wirtschaftskriegs irgendwie kollektiv zu bewältigen. Hier wird daran erinnert, dass innerhalb der EU zeitlich befristeten Ausnahmen von den Sanktionen beschlossen wurden, um die  
gemeinsame Front aufrecht zu erhalten und das Auseinanderdriften der unterschiedlich  
285 Geschädigten zu verhindern. Es wird aber keine gemeinsame EU-Bewältigung beschlossen wie z.B. mit gemeinsamer Kreditaufnahme, national wird das ganz unterschiedlich bewältigt. Der Begriff „kollektive Bewältigung“ bleibt unklar.

Für die Bewältigung der Folgen ist ein Mindestmaß an innereuropäischer Solidarität nötig, damit die Front gegen Russland zusammenhält. Um diese Gemeinsamkeit  
290 sicherzustellen, braucht es bei der Verhängung der Sanktionen zum einen immer Einstimmigkeit der Beschlüsse, zum anderen muss es für das Zurechtkommen mit deren Folgen auch Angebote an die Staaten geben, es müssen Zugeständnisse und Ausnahmen gemacht werden, daher heißt es an der Stelle im Artikel, dass ihre Aufgabe darin besteht, die ganzen unterschiedlichen Betroffenheiten „in irgendeine Form kollektiver  
295 Bewältigung zu überführen“.

Dass die Folgen des Wirtschaftskriegs sich in den EU-Ländern unterschiedlich auswirken und dass es entscheidend darauf ankommt, über welche Kreditmacht die jeweiligen Staaten verfügen, wird bezogen auf die darüberstehende Frage, auf die es ihnen jetzt  
300 ankommt und die zugleich den Ausgangspunkt darstellt: Wie vor dem Hintergrund der europäischen Krisenkonkurrenz die gemeinsame Front gegen Russland außer Frage steht und bei den Sanktionen kollektive Lösungen gefunden werden, so dass das ein Beitrag zur Stärkung der Front gegen Russland wird.

Das ist eine speziell europäische Verlaufsform des allgemeinen Widerspruchs des Wirtschaftskriegs zwischen Zweck und Mittel. Der Zweck ist es, Russland ökonomisch  
305 zu zerstören und das Mittel dazu ist, die ökonomischen Beziehungen zu kappen. Dabei

folgt aus der Anwendung dieses Mittels immer, dass man sich auch selbst schädigt. Dieses „Selbst“ sind im Falle Europas konkurrierende Nationen. Je nachdem, welche Sanktionen man beschließt, sind die Staaten unterschiedlich betroffen und je nachdem, was Europa als Gemeinschaft zur Bewältigung der Schäden unternimmt, stimmen die  
310 Beteiligten den Sanktionen zu oder nicht.

Den Widerspruch, den Europa als Teil des Westens der ganzen Welt abverlangen will, den muss es also erst einmal bei sich zuhause hinkriegen. Auf S. 34 heißt es: „Das ist die speziell *europäische* Fassung des Gegensatzes, mit dem der Westen durch seinen Wirtschaftskrieg die *ganze* Welt in nie dagewesener Weise behelligt.“ So hängt dieser  
315 „Europa-Teil“ mit der Universalisierung des Sanktionsregimes in Punkt II zusammen.

— *Inwiefern wirkt sich die ökonomische Stärke der großen europäischen Staaten innerhalb der europäischen Krisenkonkurrenz in dieser Krise noch verschärfend aus?*

Das Eine ist die unterschiedliche Stellung der Nationen in der Konkurrenz, was die Bewältigung der ökonomischen Folgen des Wirtschaftskriegs betrifft. Da wird z.B. der  
320 „Doppelwumms“ von Deutschland, das gleichzeitig Forderungen nach gemeinschaftlicher Kreditaufnahme oder Gaseinkauf ablehnt, kritisiert. Das ist die Art und Weise, wie die Krisenkonkurrenz vorangetrieben wird. Das Andere ist, dass es Staaten gibt, bei denen die Inkaufnahme der ökonomischen Konsequenzen des Wirtschaftskriegs bedeutet, dass ihre Energieversorgung zusammenbricht und sie damit  
325 ihrem Ruin entgegensehen, wie Ungarn. Die sonst auch stattfindende Krisenkonkurrenz wird auf die nächst höhere Ebene überführt: Sie betätigen sich nicht einfach nur als Konkurrenten im gemeinsamen Wirtschaftsraum, sondern wollen diese Konkurrenz so ausgestalten, dass sie ein Beitrag zur einheitlichen Front gegen Russland wird. Die Krisenkonkurrenz wird in ein Ringen um die Ausgestaltung des Sanktionsregimes  
330 überführt. Deswegen konzidiert man auch manchen Staaten, dass sie weiter Gas oder Öl aus Russland beziehen.

— *Auf S. 34 heißt es: „Dieser Gegensatz bekommt jetzt eine besondere Schärfe...“. Was für eine Rolle spielt in dem Zusammenhang „der erreichte Stand an Vergemeinschaftung, mit dem sich die Europäer voneinander existenziell abhängig gemacht haben“?*

Der Text verweist darauf, dass beim Vorantreiben des Wirtschaftskriegs die europäischen Staaten untereinander konkurrieren, wer wem was an Inkaufnahme von Schädigungen zumuten kann. Das passiert in einer Art und Weise, die die immer schon vorhandenen Widersprüche innerhalb der EU – eine gemeinsame Wirtschaftspolitik für konkurrierende Nationen – in neuer Weise aufmischt. Hier geht es aber nicht um eine Konkurrenz um  
340 Anteile an einem gesamteuropäischen Wachstum, sondern darum, wer unter welchen Schäden des Wirtschaftskriegs wie zu leiden hat. Zudem hat die so befeuerte Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten aber auch das Moment, dass der Ruin eines dieser Mitglieder überhaupt nicht in Frage kommt, weil ja jeder einzelne dieser Staaten Bestandteil des integrierten Wirtschaftsraums ist. Wenn ein Land ohne die  
345 Energielieferung aus Russland ruiniert wird, bedeutet das auch eine Gefährdung der Europäischen Union insgesamt. Und für das jeweilige Land heißt, Bestandteil dieses integrierten Wirtschaftsraums zu sein, auch, dass es ohne diese Integration in den Binnenmarkt nicht überlebensfähig ist. Diese Seite muss es bei der Frage, welche Schäden es in Kauf nehmen will, immer einkalkulieren.

350

\*

Beim nächsten **Jour fixe am 7.11.22** wird der Artikel „Wirtschaftskrieg global“ zu Ende besprochen, danach der Artikel „Das erste Halbjahr Ukraine-Krieg“ (GSP 3-22) sowie die aktuellen Entwicklungen.